

AUSGABE VOM 3. JUNI 2016

## Exzellenz-Förderung für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Der Bundestag hat diese Woche die weitere Stärkung der Universitäten und des Wissenschaftsstandortes Deutschland beraten. Auch in NRW garantiert die Erneuerung der Exzellenzinitiative den Wettbewerb um die besten Köpfe. Diverse Forschungsfelder sollen projektbezogen durch Exzellenzcluster und Universitäten durch die Auszeichnung als Exzellenzuniversität gefördert werden. Zweitens soll ein Bund-Länder-Programm zur Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses entstehen. Schließlich wird die Initiative „Innovative Hochschule“ die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und Fachhochschulen verbessern. Am 16. Juni wollen Bund und Länder hierzu abschließend entscheiden.

## Sprache und Arbeit - Herzstück der Integration

Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung den auf der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossenen Entwurf eines Integrationsgesetzes beraten. Es enthält Maßnahmen für anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive entsprechend dem Grundsatz „Fördern und Fordern“. Die Koalition will Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen klar geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden.



Folgt der kollegialen Einladung von MdB Karsten Möring zur Vorstellung des neuen Integrationsgesetzes nach Köln: Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Günter Krings, MdB (Foto: CDU/CSU)

Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis kann zukünftig nicht mehr automatisch nach drei Jahren erworben werden, sondern kommt in der Regel erst nach fünf Jahren in Betracht, sofern Integrationsleistungen wie hinreichende Sprachkenntnisse und eine überwiegende Lebensunterhaltssicherung gewährleistet sind. Bei herausragender Integration besteht bereits nach drei Jahren die Möglichkeit der Aufenthaltsverfestigung. Damit Ballungsräume durch den Zuzug von Flüchtlingen nicht überfordert werden, können die Länder anerkannte Flüchtlinge auf bestimmte Wohnorte verteilen. Bleiben sie nicht an dem zugewiesenen Ort, hat das spürbare Konsequenzen.

## Einladung: Diskussionsveranstaltung in Köln zum Integrationsgesetz

Dr. Günter Krings MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister, wird das neue Integrationsgesetz in Köln detailliert vorstellen. Im Anschluss an seinen Vortrag werden Karsten Möring MdB, Serap Güler MdL und Dr. Ralph Elster MdR unter der Moderation von Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper die Chancen und Auswirkungen dieses Gesetzes für Bund, Land und Kommunen diskutieren. Die öffentliche Veranstaltung, zu der die CDU-Köln alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich einlädt, findet am Mittwoch, 15. Juni 2016, 19.30 Uhr beim Verband der Privaten Krankenversicherung e.V., Gustav-Heinemann-Ufer 74c (grünes Gebäude), 50968 Köln, 4. Etage, Raum „Bayenthal“ statt.

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Es treibt mich um: Alle drei Minuten wird in Deutschland eingebrochen. Auch viele Kölner sind verunsichert. Wir brauchen dringend entschiedenes Handeln



von Bund und Ländern im Kampf gegen die steigende Einbruchskriminalität. Es gibt Ansätze, aber das reicht in NRW nicht aus. Ein chronisch überforderter Innenminister Jäger und eine Ministerpräsidentin Kraft, die fast froh ist, wenn sie über wichtige Dinge nicht informiert wird, stimmen nicht optimistisch.

Neben den Bemühungen um mehr Polizei und bessere Wohnungssicherung für Mieter und Eigentümer durch Zuschüsse der KfW-Bank unterstütze ich den Vorstoß von Volker Kauder und alle Anstrengungen unserer Fraktion das Strafgesetzbuch zu verschärfen: Es darf keinen „minder schweren Fall“ des Wohnungseinbruchs mehr geben. Das wäre auch ein deutliches Signal an die Justiz, Wohnungseinbruch generell härter zu ahnden. Außerdem wollen wir den Wohnungseinbruch in den Katalog der Straftaten aufnehmen, bei denen Telekommunikationsüberwachung möglich ist. Unser Staat muss diesen organisierten Banden mit Härte begegnen.

Auch der Personalmangel bei der Justiz erschwert zeitnahe Verfahren und Urteile – nicht nur bei Einbrüchen. Vielfach werden Verfahren eingestellt, weil es an Personal fehlt. Das muss geändert werden. Ich finde, das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Herzlichst

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## Völkermord an Armeniern und orientalischen Christen

Der Bundestag hat am Donnerstag nahezu einstimmig die Resolution von Union, SPD und Grünen verabschiedet, in der die Ermordung von bis zu 1,5 Millionen Armeniern im Jahre 1915 als Völkermord bezeichnet wird. Die Tötung vieler Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges war die größte Katastrophe in der Geschichte des armenischen Volkes und führte zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen insbesondere aramäisch-assyrische und chaldäische Christen von Massakern und Deportationen betroffen.

„Wir behandeln das Thema im Bundestag auch deshalb, weil das Deutsche Reich damals Hauptverbündeter der Türkei war und trotz genauer Kenntnisse über die Ereignisse geschwiegen und sich mitschuldig gemacht hat“, so MdB Karsten Möring. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte in der Debatte, das deutsche Parlament sei keine Historikerkommission und kein Gericht. Es wolle aber „unbequemen Fragen und Antworten nicht aus dem Weg gehen“. Lammert verurteilte die zahlreichen Drohungen, bis hin zu Morddrohungen gegen Bundestagsabgeordnete im Vorfeld der Abstimmung.

Die Resolution fordert im Übrigen die Türkei zu einer offenen Auseinandersetzung mit den Vertreibungen und Massakern auf und ruft die Türkei und Armenien zur Versöhnung auf.

## Deutsche Bau- und Umweltexperten besuchen Iran



Gespräche zu baupolitischen Fragen und zur Wasserversorgung führte eine Delegation des Bundesumwelt- und bauministeriums auf Einladung der iranischen Regierung mit den Vizeministern im Städtebauministerium, dem Energieministerium und der Organisation für Umwelt. Parallel dazu nahmen Fachleute aus der deutschen Wirtschaft an einem Expertenworkshop zur nachhaltigen Stadtentwicklung teil. MdB Möring (links) nahm auf Einladung des BMUB-Staatssekretärs Gunther Adler (mitte) an den Verhandlungen mit iranischen Offiziellen teil. (Foto: privat)

## Bundeskanzlerin Merkel besuchte DLR und ESA in Köln



Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Europäische Astronautenzentrum (EAC) der Europäischen Weltraumorganisation ESA in Köln. Die Kanzlerin kam auf Einladung des deutschen Astronauten Alexander Gerst und informierte sich über die europäische Kometenmission Rosetta, das DLR\_School\_Lab sowie die Trainingsmöglichkeiten für Astronauten in der Forschungseinrichtung „:envihab“. Während des Besuchs verkündete ESA-Direktor Jan Wörner, dass Alexander Gerst ab Mai 2018 für eine zweite Mission zur Raumstation ISS ausgewählt wurde. Zum Abschluss überreichte Prof. Wörner in Anwesenheit der Kölner MdB Hirte und Möring, der Kanzlerin ein Geschenk. (Foto: DLR).

## Dienstrecht: Verbesserungen für Beamte und Soldaten

Der Bundestag hat in erster Lesung ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte des Bundes und Soldaten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften beraten. „Immer wieder können Polizeibeamte und Soldaten, die im Dienst Opfer von Gewalttaten wurden, ihren Schmerzensgeldanspruch mangels Zahlungsfähigkeit des Schädigers nicht durchsetzen. Wir führen daher einen Anspruch auf Zahlung des Schmerzensgelds gegen ihren jeweiligen Dienstherrn ein, um der staatlichen Fürsorgepflicht für Beamte nachzukommen“, so MdB Karsten Möring.

Für die Privatwirtschaft und für Tarifbeschäftigte gibt es bereits Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Mit dem jetzigen Gesetzentwurf werden solche Regelungen auch für Beamte und Soldaten eingeführt, beispielsweise ein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2016  
3. Juni 2016

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter